

25-Millionen-Projekt am Elfrather See

Endspurt im Kampf um den Surfpark

3. Dezember 2021 um 20:46 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Planungsdezernent Marcus Beyer stellte am 25. November – zwei Jahre nach der ersten Vorstellung der Idee – die Ergebnisse der Gutachten zum Surfpark vor. Das Projekt sei demnach machbar und rechtlich möglich. Foto: Lammertz, Thomas (lamm)

Krefeld. Die Gegner wollen die Entscheidung vertagen. Die Verzögerungstaktik könnte auf kaltem Wege das Aus für die millionenschwere Investition bedeuten. Die Befürworter haben für Montag eine große Pressekonferenz angekündigt.

Von Jens Voss

Die jüngste Sitzung des Umweltausschusses hat klargemacht, dass es Spitz auf Knopf um die Zustimmung zur Surfpark-Investition am Elfrather See steht. CDU und Grüne sind offenbar noch in der Entscheidungsphase, beide Fraktionen lassen Skepsis erkennen – wenn sie den Daumen senken, ist es aus mit den Surfpark-Plänen. Zugleich haben die Befürworter des Projekts – und es gibt auch breite Zustimmung, die nicht so öffentlichkeitswirksam ist wie die Stimmen aus der Politik – für Montag zu einer großen Pressekonferenz eingeladen, in der sie für Zustimmung zu dem Projekt werben wollen.

Der Umweltausschuss hat nach eingehender Debatte mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und AFD die Empfehlung beschlossen, das Thema Surfpark in die nächste Sitzung des Umweltausschusses im Januar zu vertagen – es gebe noch Beratungsbedarf, hieß es etwa bei der CDU. Ralf Krings, der mit WUZ/ UWG zu den lautesten Kritikern des Projekts gehört, machte geltend, dass die Politik das Projekt nur im Umweltausschuss und nicht im Rat fachlich diskutieren könne.

INFO

Der Surfpark am Elfrather See

Funktion für den Elfrather See: Der Surfpark soll Baustein zur Entwicklung des Elfrather Sees sein.

Invest: 25 Millionen Euro.

Anlagen: Surfanlage; Campingplatz mit 110 Standplätzen; Empfangsgebäude für Gastronomie, Surfbedarf, Sanitäranlagen, Wellness, Yoga und Seminare.

Fläche: 8,5 Hektar.

Die Vertagung ist problematisch, weil das Thema auch auf der Tagesordnung des Rates steht, der am 9. Dezember zusammentritt. Der Umweltausschuss kann nicht ein Thema am Rat vorbei in den Januar verlegen. Heißt auch: Natürlich kann der Rat trotz der (ohnehin nur empfehlenden) Ausschuss-Entscheidung in der kommenden Woche über die Offenlage entscheiden. Stimmt der Rat zu, wäre das faktisch die Zustimmung zu dem Projekt. Die Offenlage eines Bebauungsplans ist der letzte Schritt vor dem Satzungsbeschluss, der wiederum für den Investor Rechtssicherheit schafft und grünes Licht für den Baustart bedeutet.

SPD-Sprecher Jürgen Hengst war strikt gegen die Verschiebung. Im Kern äußerte er den Verdacht, dass man das Projekt mit einer Verzögerungsstrategie auf kaltem Weg kaputtmachen wolle. Die nächste Sitzung des Umweltausschusses sei im Januar, der Rat könne dann frühestens im Februar die Offenlage beschließen – dieses Vorgehen sei „unter zeitlichem Aspekt für den Investor nicht hinnehmbar“. Im Nachgespräch mit unserer Redaktion erläuterte er, dass für diesen Fall die große Gefahr bestehe, dass der Investor abspringe, auch deshalb, weil die Fülle an Gutachten ohnehin schon Verzögerungen des Projekts mit sich gebracht habe.

Im Ausschuss betonte Hengst, alle umweltkritischen Aspekte zu dem Projekt seien in den insgesamt zehn Gutachten abgehandelt worden; am Ende sei kein einziger der Punkte, die die Gegner der Investition anführen, als relevant für eine Entscheidung gegen das Projekt eingestuft worden.

Parallel zur Ausschusssitzung hat eine Riege von Unterstützern des Projekts zu einer Pressekonferenz eingeladen – rechtzeitig vor der Ratssitzung, in der über die Zukunft des Surfparks entschieden wird. Zu den Teilnehmern gehören die Unternehmer Dirk Wellen und Mario Bernards (Leiter Politik & Bürgerdialog des Chemparks), als Vertreter des Stadtsportbundes der Vorsitzende Jochen Adrian und Geschäftsführer Jens Sattler sowie als Vertreter des Krefelder Kulturrates Heinrich Rungelrath und Bernd Scheelen. Sie alle wollen ein Gegengewicht zu den kritischen Stimmen im Rat aufbauen, die im Moment von den „Kleinen“ dort – WUZ/ UWG, Die Linke und der Salih Tachusoglu von „wir Krefeld“ – getragen werden. Die „Großen“ – Grüne und CDU – ringen noch mit sich, nur die SPD bekennt sich bislang eindeutig zum Surfpark.

Die Befürworter weisen darauf hin, dass das Projekt Surfpark in den vergangenen zwei Jahren intensiv geprüft worden sei: „Die umfangreichen Gutachten sind zu dem Ergebnis gekommen, dass der Bau rechtlich zulässig ist.“ Als privates Investment sei der Surfpark mit Campingplatz ein wichtiges Element für die geplante Weiterentwicklung des Elfrather Sees für Sport, Freizeit, Kultur, Erholung und Naturerlebnis, heißt es.

Jürgen Hengst verweist im RP-Gespräch insbesondere auf Gutachten zum Artenschutz und zum Landschaftspflegerischen Begleitplan. Das Artenschutz-Gutachten komme zu dem Ergebnis, dass es keine „Versagungsgründe“ aufgrund des Bundesnaturschutzgesetzes gebe, die gegen die Umsetzung des Projekts sprächen. Auch die Anforderungen des Landschaftspflegerischen Begleitplans seien erfüllt. Die geplante Flora des Geländes sehe einen ausreichenden Besatz mit Bäumen und Büschen vor. Fehlende Öko-Punkte (mit denen Projekte bewertet werden) ließen sich problemlos über Ausgleichsmaßnahmen wettmachen.

Kizfonis Samstag, 4. Dezember 2021, 08:37 Uhr

Ich hätte nie gedacht, dass ich der CDU mal dankbar bin! ;-) Bitte standhaft bleiben! :-)
Norbert Sinofzik, Rheinstadt Uerdingen

Kizfonis Samstag, 4. Dezember 2021, 08:48 Uhr

Ich wünschte, Herr Hengst hätte es mit der 2014 versprochenen und von ihm für 2019 angekündigten Wiedereröffnung der Uerdinger Bücherei so eilig wie mit dem Surfpark. Dazu auch ab Minute 6.22:

<https://www1.wdr.de/fernsehen/lokalzeit/duesseldorf/videos/video-lokalzeit-aus-duesseldorf---1374.html>

Ein Beitrag über die Montagslesungen für die Wiedereröffnung der Uerdinger Bücherei als Quartierszentrum mit städtischer Medienausleihe.

Aber das sind ja auch nur Zumutungen, die Bürger*innen hinnehmen müssen. Mit denen kann's die SPD ja machen. Dabei sind sie mit ihren Steuern die Hauptinvestoren*innen, auf die die Politik setzen kann.

Norbert Sinofzik, Rheinstadt Uerdingen